

# Integriertes Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Endbericht -

Anhang 1: vorgeschlagene Maßnahmen zur Umsetzung des  
Klimaschutzkonzeptes

im Auftrag des Umweltamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden

bearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft:



in Zusammenarbeit mit:



Darmstadt, Wiesbaden den 30. April 2015

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Bearbeitungsteam



### INFRASTRUKTUR & UMWELT

Professor Böhm und Partner

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff

Dipl.-Wi.-Ing. Johannes Salzer

Oliver Loem M.A.

Patrick Geister B.A.



Institut Wohnen und Umwelt GmbH  
(IWU)

Dipl.-Biol. Peter Werner

Dipl.-Phys. Michael Hörner

Dipl.-Math. (FH) Markus Rodenfels

### VERKEHRLÖSUNGEN

Prof. Dr.-Ing. Volker Blees

Dipl.-Geogr. Hannah Eberhardt

M. Eng. Daniel Jung



DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

Dipl.-Ing. (FH) Frank Lösing

Dipl.-Ing. Kristina Oldenburg

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>Quartiers- und Stadtentwicklung .....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Energieeinsparung und -effizienz .....</b>	<b>3</b>
2.1	Energieeffizienz und energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen .....	3
2.2	Energieeinsparung und Energieeffizienz Wohngebäude .....	5
2.3	Energieeffizienz und Energieeinsparung Gewerbe, Handel, Dienstleistung.....	10
<b>3</b>	<b>Nachhaltige Wärmeversorgung.....</b>	<b>14</b>
<b>4</b>	<b>Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien .....</b>	<b>17</b>
<b>5</b>	<b>Mobilität .....</b>	<b>20</b>
5.1	Rad- und Fußverkehr .....	20
5.2	Mobilitätsmanagement .....	22
5.3	ÖPNV, inter- und multimodale Angebote.....	24
5.4	Klimafreundlicherer motorisierter Individualverkehr .....	26
5.5	Organisation und Planungsprozesse .....	28
<b>6</b>	<b>Übergreifende und strategische Maßnahmen .....</b>	<b>30</b>
<b>7</b>	<b>Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung.....</b>	<b>34</b>

## Übersicht über die Gliederung des Maßnahmenkatalogs

Der Maßnahmenkatalog ist in insgesamt sieben Handlungsfelder gegliedert (vgl. Abbildung 1). Die übergeordneten und strategischen Maßnahmen bilden gemeinsam mit den Maßnahmen aus dem Bereich „Aktivierung und Beteiligung“ einen Rahmen für die fünf thematischen Handlungsfelder und unterstützen diese auf verschiedenen Ebenen.

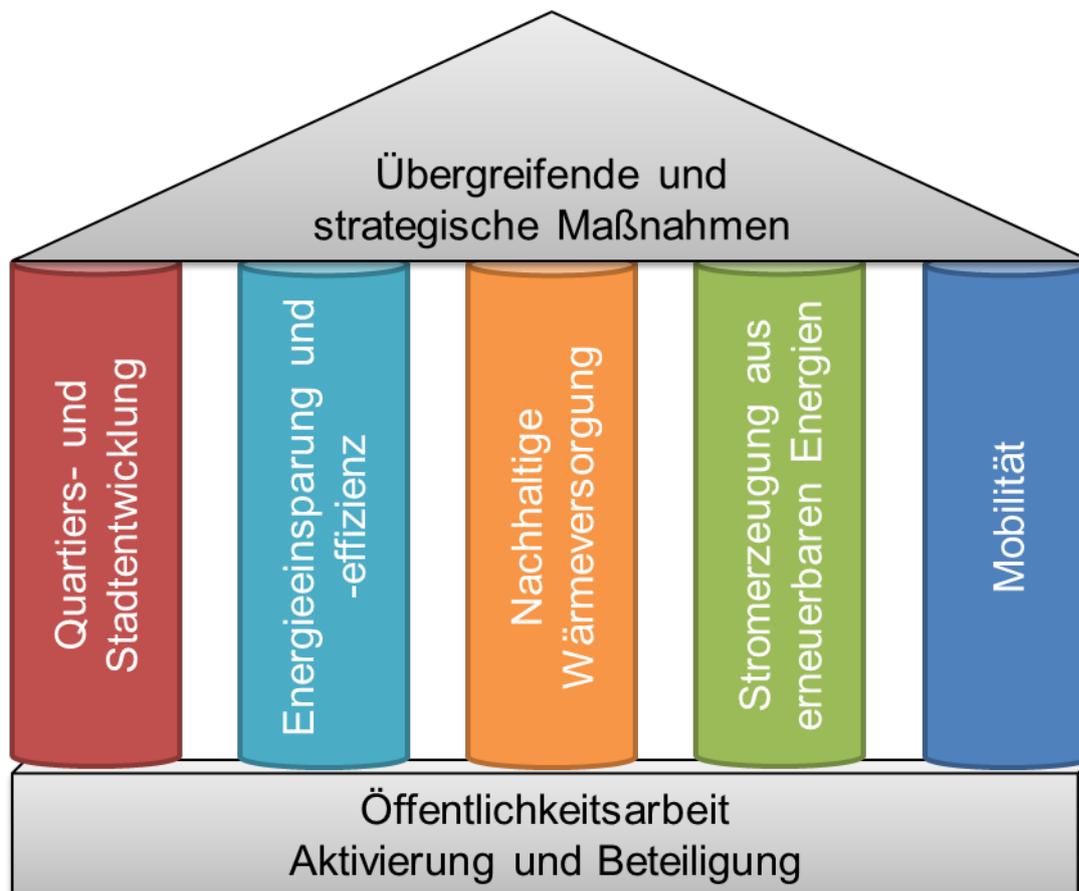


Abbildung 1: Schematische Darstellung der Handlungsfelder

## 1 Quartiers- und Stadtentwicklung

QS	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
QS 1	Energieeffiziente und klimaschonende Bauleitplanung	<p>Festlegung und Unterstützung von Klimaschutzzielen in der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne)</p> <p>Systematische Einbindung der Belange des Klimaschutzes in die Bauleitplanung, z.B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Festlegung von energetischen Standards in der Bauleitplanung</li> <li>• Festlegung von effizienten Bauweisen (Art, Lage, Ausrichtung der Baukörper)</li> <li>• Festlegungen zur Nutzung erneuerbarer Energien</li> <li>• Berücksichtigung vorhandener Versorgungsinfrastrukturen</li> <li>• Festlegung von Standards und Ausweisung von Flächen für eine umweltfreundliche Mobilität</li> </ul>	Stadt	QS 3: „Leitlinien und Richtlinien für energieeffiziente Quartiere“
QS 2	Erstellen eines gesamtstädtischen Lichtplans	Aufstellung eines städtischen Lichtplans als Masterplan, um die Potenziale für Energieeffizienz und CO <sub>2</sub> -Minderung im Bereich der städtischen Beleuchtung ausschöpfen zu können, die Beleuchtungsqualitäten in den öffentlichen Räumen zu optimieren und das Stadtbild aufzuwerten.	Stadt	
QS 3	Energieeffiziente Quartiere	<p>Erarbeitung von Leitlinien und Handlungsrichtlinien für energieeffiziente Quartiere, die als Bestandteile einer integrierten Quartiersentwicklung und als Orientierungshilfe für zukünftige Handlungsräume dienen. Dabei ist es wichtig, dass für verschiedene Quartierstypen jeweils spezifische Leitlinien entwickelt werden.</p> <p>Die Erfahrungen und Ergebnisse des Quartierskonzepts Biebrich sollten hierfür genutzt werden.</p>	Stadt	QS 1: „Energieeffiziente und klimaschonende Bauleitplanung“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

QS	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
QS 4	Ermittlung von Prioritätsgebieten für energetische Quartierskonzepte	Integrierte Quartierskonzepte, die technische und wirtschaftliche, energetische Einsparpotenziale identifizieren und erschließen lassen, sind effektive Instrumente, um über das einzelne Gebäude hinaus weitergehende Energieeinsparungen und zusätzliche CO <sub>2</sub> -Minderungen zu erreichen. Es ist zu prüfen, ob über das bereits erarbeitete Quartierskonzept für Biebrich hinaus weitere energetische Quartierssanierungen systematisch entwickelt und für die Umsetzung Quartiersmanager eingesetzt werden sollen.	Bürger, Unternehmen	QS 3: „Energieeffiziente Quartiere“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

## 2 Energieeinsparung und -effizienz

### 2.1 Energieeffizienz und energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 1	Verstärkte Umsetzung des Passivhausstandards für Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude	<p>Im Jahr 2007 hat die Stadt Wiesbaden energetische Standards für öffentliche Gebäude beschlossen. Der Beschluss sieht vor, dass nach Möglichkeit der Passivhausstandard angestrebt werden soll. Es hat sich allerdings gezeigt, dass die Umsetzung schwierig ist, insbesondere wegen Vorbehalten zur Wirtschaftlichkeit. Für eine bessere Abschätzung der Wirtschaftlichkeit könnte daher ein Tool entwickelt / genutzt werden, dass bereits frühzeitig in der Planungsphase eine Bewertung der Wirtschaftlichkeit ermöglicht (siehe Beispiel Energiemanagement FFM).</p> <p>So sollen auch bei künftigen Neubauten und Sanierungen diese Standards möglichst erreicht werden, um damit die Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand sichtbar zu machen.</p>	Stadt	QS 1: „Energieeffiziente und klimaschonende Bauleitplanung“
Eff 2	Weiterentwicklung des kommunalen Energiemanagements	Die bestehenden Ansätze des kommunalen Energiemanagements sind in Bezug auf Zentralisierung von Informationen, Austausch von Daten, Projekten und Erfahrungen sowie der personellen Kompetenzen auszubauen (Planungen hierfür existieren bereits). Dabei sollen Standards zur Datenbeschaffung und Informationsmenge entwickelt werden, die sich an den Zielen des Energiemanagements orientieren und diese möglichst effizient unterstützen sollen.	Stadt	UM 4: „Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 3	Fortführung der energetischen Sanierung städtischer Gebäude	Für viele kommunale Liegenschaften gibt es einen Sanierungsstau und der energetische Zustand ist nicht zufriedenstellend. Auch wenn hinsichtlich der Energie- und CO <sub>2</sub> -Gesamtbilanz die kommunalen Liegenschaften nur ein begrenztes Gewicht haben, so sind sie jedoch auch Aushängeschilder der Kommune, inwieweit diese den Klimaschutz ernst nimmt und bei sich selbst als eine vorrangige Aufgabe mit umsetzt. Die öffentlichen Gebäude werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern frequentiert, somit übernehmen diese eine Vorbildfunktion, an der sich die anderen gesellschaftlichen Akteure mit orientieren. Durch ein mehrjähriges Handlungsprogramm, das vom Energiemanagement zu erstellen ist, sollen die energetischen Sanierungsbedarfe systematisch erfasst und die vorrangig zu sanierenden Liegenschaften gezielt einer Sanierung zugeführt werden.	Stadt	Eff 2: „Weiterentwicklung des kommunalen Energiemanagements“
Eff 4	Durchführung von Hausmeister- und Nutzerschulungen bzw. Stammtische zum Thema Energie und Klimaschutz	Durch Veränderungen des Nutzungsverhaltens und durch Schulung der Hausmeister können zusätzliche Einsparpotenziale bei den öffentlichen Liegenschaften erschlossen werden, die erheblich sein können. Dazu sind neben Schulungen auch andere Formen des Informationsaustausches zu prüfen, beispielsweise moderierte Stammtische. Ziel ist es dabei, eine offene Gesprächsplattform zu bieten und gute Beispiele zu kommunizieren.	Hausmeister, Nutzer	Eff 2: „Weiterentwicklung des kommunalen Energiemanagements“
Eff 5	Effiziente Stadt - und Straßenbeleuchtung	Beim Austausch der alten ineffizienten Quecksilberdampflampen zur Straßenbeleuchtung ist die Stadt Wiesbaden bereits weit vorangeschritten. Der Fokus sollte daher künftig neben weiteren Effizienzsteigerungen bei der Straßenbeleuchtung auf der Stadtbeleuchtung liegen. Auch hier lassen sich durch den systematischen Austausch alter Beleuchtungssysteme und Einsatz energiesparender Techniken weitere Einsparungen realisieren.	Stadt	QS 2: „Erstellen eines gesamtstädtischen Lichtplans“
Eff 6	Energieeffizienter Campus	Mitwirkung der Hochschule Rhein-Main am Förderprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums „Eneff: Stadt, Eneff: Wärme – Förderschwerpunkt Campus-Projekte“.	Hochschule Rhein-Main	

## 2.2 Energieeinsparung und Energieeffizienz Wohngebäude

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 7	Fortführung der Sanierungsmaßnahmen bei Wohnungsunternehmen	Die bereits vorhandenen positiven Aktivitäten werden von Seiten der Stadt Wiesbaden durch Unterstützung und Schaffung von Synergieeffekten, z. B. in einzelnen Quartieren, verstärkt, um die Quote der energetischen Sanierungen von Wohngebäuden der großen Wohnungsunternehmen zu erhöhen.  Insbesondere bei den Wohngebäuden der 1950er bis 1970er Jahren, die den Bestand der unten genannten Wohnungsunternehmen stark bestimmen, existiert ein sehr großes Reduktionspotenzial.  Bei zahlreichen Gebäuden führt bereits eine Sanierung nach EnEV 2009 zu Reduktionen, die gut über 50 % liegen.	Wohnungsunternehmen	
Eff 8	Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern	Aufbau eines Beratungsnetzwerkes, das für Privateigentümer und Wohnungseigentümergeinschaften als Ansprechpartner, Vermittler und Kümmerer zur Unterstützung energetischer Sanierungen zur Verfügung steht. Das Netzwerk soll aus Energieberatern, Handwerkern, Darlehensgebern, Energieversorger und Vertretern kommunaler Baubehörden bestehen. Das Netzwerk hat die Aufgabe, Anreize und Hilfestellungen bei privaten Vorhaben zur Energieeinsparung auf kurzem Wege zu bieten. Das Netzwerk kann durch eine Kooperation „Sanierung und Energieeffizienz“ (Vorbilder z.B. Effizienz-Klasse Darmstadt) zwischen Handwerk und ESWE Versorgungseine zusätzliche Grundlage erhalten.	Siehe Akteure	UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“
Eff 9	Stärkung der Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung	Für viele private Investoren stellt eine energetische Vollsanierung eine Überforderung dar. Um dennoch energetische Sanierungen anzulegen, sollen Angebote, wie auch schrittweise Sanierungen sinnvoll vollzogen werden können, die Schwelle herabsetzen, energetische Sanierungen in Angriff zu nehmen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Erhöhung der Sanierungsquote zu leisten.	Gebäudeeigentümer, Wohnungseigentümergeinschaften	Eff 8: „Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern“  UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 10	Umsetzung einer Beratungsinitiative Altbau und Denkmalschutz	<p>Denkmalgeschützte Gebäude stellen eine besondere Herausforderung in Bezug auf energetische Sanierungen dar. Standardmäßige Energieberatungen reichen nicht aus. Erfahrungen aus zahlreichen Modellvorhaben und einzelne Handreichungen zeigen, welche Möglichkeiten bestehen. Da Wiesbaden einen hohen Bestand an denkmalgeschützten Gebäuden hat, ist für Eigentümer dieser Gebäude eine gezielte Energieberatung aufzubauen.</p> <p>Die Stadt Wiesbaden ist hier bereits aktiv: Ein neuer Leitfaden der hessischen Landeshauptstadt und der interaktive Online-Sanierungsrechner unterstützen Eigentümer von denkmalgeschützten Wohngebäuden bei der energetischen Sanierung. Es gilt nun, diesen Leitfaden und den Sanierungsrechner bekannt zu machen und als Medium mit begleitenden Veranstaltungen zu nutzen, um für das Thema zu sensibilisieren.</p>	Gebäudeeigentümer, Wohnungseigentümergeinschaften	<p>Eff 8: „Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern“</p> <p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p>
Eff 11	Umsetzung einer Kampagne Energieberater ins Haus	Durch örtlich konzentrierte Energieberatungskampagnen, z. B. nach dem Vorbild „Energiekarawane“, kann eine hohe Anzahl von Erstberatungen realisiert werden. Mit diesen Erstberatungen sollen Hauseigentümer auf die Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Vorteile von energetischen Sanierungen aufmerksam gemacht werden. Erfahrungen zeigen, dass aus diesen Erstberatungen vielfach intensivere Vollberatungen werden und daraus wiederum konkrete Sanierungen verstärkt initiiert werden können.	Gebäudeeigentümer eines Ortsbezirks/Quartiers	<p>Eff 9: „Stärkung der Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung“</p> <p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p>

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 12	Durchführung eines Wärmebild-Spaziergangs	<p>Wärmebildaufnahmen (Thermografien) stellen bei sachgerechter Ausführung und Interpretation eine wichtige Grundlage für die Entscheidung zu energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und zur nachträglichen Kontrolle der ordnungsgemäßen Bauausführung dar. Als solches sind sie ggf. Teil eines gezielten Beratungsangebotes für Sanierungswillige.</p> <p>Aufgrund der hohen Anschaulichkeit der Thermografien wird dieses Instrument aber auch genutzt, um das Augenmerk auf die Erforderlichkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen sowie deren positive Effekte zu lenken. Unter anderem die Stadt Offenbach führt(e) sogenannte „Thermografie-Spaziergänge“ durch und nutzt diese zur aktiven Bewerbung von Beratungsangeboten: <a href="#">Link zur Internetseite</a></p> <p>Der Thermografie-Spaziergang ist dabei als Event zur Sensibilisierung und Motivation gedacht und soll und kann keine „sachgerechte Beratung“ darstellen sondern diese bewerben.</p> <p>Bei der Durchführung derartiger Aktionen muss dabei die rechtliche Situation beachtet bzw. vorab mit ggf. betroffenen Hauseigentümern geklärt werden (Dürfen Aufnahmen von Privatgebäuden gemacht werden?).</p>	Bürger/innen	<p>AB 10: „Eventing“</p> <p>Eff 9: „Stärkung der Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung“</p> <p>Eff 10: „Umsetzung einer Beratungsinitiative Altbau und Denkmalschutz“</p> <p>Eff 11: „Umsetzung einer Kampagne Energieberater ins Haus“</p> <p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p>

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 13	Kommunikation guter Beispiele von Wohngebäude-sanierungen	<p>Initiierung und Bekanntmachung von beispielhaften Sanierungen als praktische Vorbilder. Durch die gezielte Förderung von Muster-Sanierungen und durch Bekanntmachung von Vorbildern, die quasi „um die Ecke“ zu finden sind, sollen Hauseigentümer und Investoren Anreize zur Sanierung der eigenen Gebäude erhalten.</p> <p>In Wiesbaden existieren bereits gute Beispiele von Energie-Plus-Häusern in Neubau und bei Bestandssanierung. Dieser Gebäudetyp soll durch gezielte Informationen, Präsentation von Praxisbeispielen und besonderer Förderung durch die Stadt Wiesbaden noch stärker bekannt und vermehrt gebaut werden.</p>	Gebäudeeigentümer, Bauherren, Architekten und Planer	<p>Eff 8: „Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern“</p> <p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p>
Eff 14	Fortführung des Stromspar-Checks für einkommensschwache Haushalte	<p>Fortführung der Initiative Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte in Zusammenarbeit mit der Caritas. Mit Hilfe eines kostenlosen Stromsparbesuchs, sowie Bereitstellung von Energiesparlampen und abschaltbaren Steckerleisten sollen die Energiekosten für einkommensschwache Haushalte reduziert werden. Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann ein Zuschuss zum Erwerb eines energieeffizienten Kühlgerätes gewährt werden.</p>	Miethaushalte mit geringem Einkommen	
Eff 15	Beratung und Information zum hydraulischen Abgleich	<p>Durch systematische Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit soll erreicht werden, dass für möglichst viele Heizungsanlagen der notwendige hydraulische Abgleich durchgeführt wird. Der hydraulische Abgleich ist eine hocheffiziente Maßnahme, um die Effektivität von Heizungsanlagen zu verbessern. Viele Heizungen sind in Bezug auf die Versorgung der Heizungskörper auf der einen Seite und dem tatsächlichen Wärmemengenbedarf auf der anderen Seite nicht optimal eingestellt. Dies führt zu unnötigen Wärmeverlusten.</p>	Gebäudeeigentümer	<p>s.a. Eff 8 bis Eff 11</p> <p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p>

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 16	Fortführung der Förderung des Heizungspumpen-Austauschs	Heizungsumwälzpumpen sind versteckte Verbraucher, sie sind häufig veraltet und zu Tausenden verbreitet. Hocheffiziente Umwälzpumpen reduzieren den Stromverbrauch um bis zu 80 % Prozent. Veraltete Pumpen lassen sich unkompliziert und rasch austauschen. Diese einfache und effektive Maßnahme wird bereits durch das städtische Förderprogramm unterstützt. Die Förderung soll daher fortgeführt werden.	Gebäudeeigentümer	UM 8: „Fortführung und Ausbau der Fördermaßnahmen“ Eff 8: „Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern“
Eff 17	Aufstellen eines Zuschussprogramms für energieeffiziente Haushaltsgeräte	Durch ein Förderprogramm sollen Anreize geschaffen werden, um veraltete, stark energieverbrauchende Haushaltsgeräte durch den Neukauf von besonders energiesparenden Haushaltsgeräten in Haushalten mit geringem Einkommen zu ersetzen. In Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel soll ein Förderprogramm aufgelegt werden, um Altgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner, die älter als 10 Jahre sind, zu ersetzen.	Miethaushalte mit geringem Einkommen	
Eff 18	Ausbau von Energieeffizienz-Dienstleistungen	Die ESWE andere Dienstleister bieten bereits Wärme-Contracting-Lösungen für den Austausch von Heizungsanlagen an. Das ist ein gutes Beispiel für eine Energieeffizienz-Dienstleistung, die Umsetzungshemmnisse deutlich verringert. Derartige Dienstleistungen sollten ausgebaut und inhaltlich erweitert werden.	Gebäudeeigentümer Wohnungswirtschaft	Eff 8: „Errichtung eines Beratungsnetzwerks Gebäudesanierung von Privateigentümern“ UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“

### 2.3 Energieeffizienz und Energieeinsparung Gewerbe, Handel, Dienstleistung

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 19	Ausbau Ökoprofit	<p>Ökoprofit ist ein kostengünstiges Umweltberatungsprogramm für Unternehmen, um mit externer Unterstützung Maßnahmen zu identifizieren und zu realisieren, die die Betriebskosten senken und die Umwelt entlasten. Kernbereiche des Ökoprofits sind u.a. Energieeinsparung und Energieeffizienz.</p> <p>In Wiesbaden wird das Programm Ökoprofit seit dem Jahr 2000 erfolgreich umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt. Im Jahr 2014 nahmen insgesamt 37 Unternehmen an Ökoprofit in Wiesbaden teil. Das Umweltamt ist als Träger von Ökoprofit für die Gesamtorganisation des Umweltberatungsprogramms verantwortlich.</p> <p>Ziel der Maßnahme ist es, das Programm fortzuführen, im Hinblick auf eine noch größere Teilnehmerzahl auszubauen und einen Schwerpunkt im Energiebereich zu setzen. Hierfür sind zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen.</p>	Unternehmen	UM 6: „Stärkung der Vernetzung zwischen Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften“

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 20	Stärkung der Sanierung von Nicht-Wohngebäuden	<p>Die Analysen im Rahmen des IKSK LHW zeigen nachdrücklich, dass aufgrund der Funktion Wiesbadens als Einkaufs- und Verwaltungsstadt sowie aufgrund der insgesamt hohen Arbeitsplatzdichte die Nicht-Wohngebäude einen erheblichen Anteil am Energieverbrauch im Gebäudebestand haben und dass zur Erreichung der Klimaschutzziele Effizienzmaßnahmen in diesem Bereich von großer Bedeutung sind. Insbesondere im Innenstadtbereich Wiesbadens konzentrieren sich Einzelhandels- und Büroflächen für die von einem hohen Einsparpotenzial ausgegangen werden kann. Aufgrund spezifischer Verbrauchs- und Nutzungsstrukturen sowie anderer wirtschaftlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen können Erfahrungen aus dem Wohngebäudebereich nur eingeschränkt übertragen werden. Hier gilt es weiter gehende Analysen anzustellen und gezielte Beratungs- und Umsetzungsansätze zu entwickeln.</p> <p>Da im umfassenden Handlungsansatz von Ökoprofit auch die Gebäudeenergieeffizienz berücksichtigt wird, wird diese auch für die teilnehmenden Betriebe im Rahmen des Netzwerks Ökoprofit thematisiert. Insofern wird dadurch durch das laufende Programm Ökoprofit auch die Maßnahmen „Energieeffizienz von Nicht-Wohngebäuden“ unterstützt.</p>	Unternehmen	<p>Eff 18: „Ausbau von Energieeffizienz-Dienstleistungen“ Eff 19: „Ausbau Ökoprofit“</p>

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 21	Steigerung der Energieeffizienz an Arbeitsplätzen	<p>Der Stromverbrauch durch Arbeitsplatzgeräte ist zu einem bedeutenden Faktor in der CO<sub>2</sub>-Bilanz geworden. Allein die Arbeitsplatzcomputer und die weiteren Endgeräte im IT- und Kommunikationsbereich sowie die hohen Strombedarfe der Rechenzentren in den verschiedenen Wirtschaftsunternehmen sind beachtlich. Die Unternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen, Vereine/Verbände etc. sollen dazu angeregt werden, möglichst energieeffiziente Arbeitsgeräte anzuschaffen und zu nutzen sowie durch energieeffiziente Gebäude (Hülle und Technik) den Energiebedarf zu senken.</p> <p>Zusätzlich sollen durch Aufklärung und Information der Mitarbeiter/innen Einsparpotenziale durch Verhaltensänderung erreicht werden. Hier ist die Stadt Wiesbaden bereits mit der Aktion „PrimaKlima – Energiesparen im Büro“ aktiv. Diese Aktivitäten sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Auch private Unternehmen sollen für entsprechende Aktionen gewonnen werden.</p>	Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Vereine/Verbände	<p>UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“</p> <p>Eff 20: „Energieeffizienz von Nicht-Wohngebäuden“</p>
Eff 22	Kommunikation guter Beispiele in Gewerbe und Wirtschaft	<p>Einzelne Unternehmen führen beispielhafte Maßnahmen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen durch. Diese öffentlich bekannt zu machen und darüber Anregungen bei anderen Unternehmen zu erzeugen, dass diese selber im Klimaschutz tätig werden, erschließt zusätzliche Potenziale zur CO<sub>2</sub>-Minderung.</p> <p>Im Rahmen des Ökoprofit-Programms wird dies bereits umgesetzt. In jedem Durchgang werden mit großem Aufwand die Umweltleistungen der Ökoprofit-Betriebe in einer Broschüre veröffentlicht, die besten Maßnahmen besonders herausgestellt, pro Unternehmen eine ökologische und ökonomische Bilanzierung sowie eine Gesamtauswertung aller Unternehmen vorgenommen. Darüber wird regelmäßig in der lokalen Presse, weiteren Fachzeitschriften und unter <a href="http://www.wiesbaden.de/oekoprofit">www.wiesbaden.de/oekoprofit</a> berichtet.</p> <p>Diese Aktivitäten sollen fortgeführt werden. Darüber hinaus soll gemeinsam mit den relevanten Akteuren geprüft werden, wie eine noch stärkere Bewerbung / Verbreitung bei den Unternehmen in Wiesbaden ermöglicht werden kann.</p>	Unternehmen	<p>Eff 19: „Ausbau Ökoprofit“</p> <p>Eff 20: „Energieeffizienz von Nicht-Wohngebäuden“</p>

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Eff	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Eff 23	Systematische Beratungen für Handwerksbetriebe	Mit Hilfe von systematischen Beratungen soll bei Handwerksbetrieben insbesondere der Stromverbrauch effizienter organisiert werden, um einerseits unnötigen Verbrauch und andererseits teure Spitzenlasten zu vermeiden. Nur Ersteres wirkt sich auf die CO <sub>2</sub> -Emissionen aus. Zusätzlich sollen Erstberatungen zum Wärmeverbrauch bei offensichtlichen, unnötigen Wärmeverlusten erfolgen. Beratungseinrichtungen von Seiten RKW oder IHK sowie vom Energieversorger sind hierfür zu koordinieren. Das Angebot ist niedrigschwelliger als Ökoprofit.	Handwerksbetriebe	UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“

### 3 Nachhaltige Wärmeversorgung

WV	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
WV 1	Verdichtung und Ausbau des Fernwärmenetzes	Weitere Verdichtung und weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes. Aufgrund des günstigen Primärenergiefaktors der Fernwärme in Wiesbaden könnte damit durch Verdrängung fossiler Energieträger ein wichtiger Beitrag zur Minderung der CO <sub>2</sub> -Emissionen geleistet werden. Es gibt dazu bereits Vorüberlegungen seitens der ESWE.		WV 2: „Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien zur Fernwärmeversorgung“
WV 2	Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien zur Fernwärmeversorgung	Trotz eines bereits guten Primärenergiefaktors gibt es weitere Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Fernwärmeversorgung. Diese bestehen insbesondere in <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Nutzung der tiefen Geothermie und</li> <li>• dem weiter gehenden Einsatz von Bioerdgas in KWK-Anlagen</li> </ul> Darüber hinaus sollten die Möglichkeiten des Einsatzes solarthermischer Großanlagen sowie ggf. der Steigerung der Nutzung fester Biomasse (weiteres Biomasse HKW / Einsatz von Ersatzbrennstoff im industriellen Bereich) geprüft werden.		WV 1: „Verdichtung und Ausbau des Fernwärmenetzes“
WV 3	Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen	Beim Bau und der Sanierung öffentlicher Gebäude und Gebäude von Wohnungsunternehmen soll der Einsatz erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zur Wärmeversorgung systematisch geprüft und ggf. auch über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus umgesetzt werden.		

WV	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
WV 4	Förderung der Solarthermie	<p>Durch eine Informationskampagne und die Bereitstellung von Tools zur Abschätzung der Wirtschaftlichkeit soll eine stärkeren Nutzung von Solarthermie in Wohn- und gewerblich genutzten Gebäuden erreicht werden. Dabei soll auch das vorhandene Instrument „Solarkataster“ genutzt und durch eine gezielte Information wieder stärker ins Bewusstsein gerückt werden.</p> <p>Neben einer allgemeinen, breit angelegten Kampagne, sollten räumlich und thematisch konzentrierte Aktionen für Quartiere mit hohem ungenutztem solarthermischen Potenzial entwickelt werden. Dabei sind im Wohngebäudebereich insbesondere die Quartiere mit hohem Ein- und Zweifamilienhausanteil von Interesse.</p> <p>Im gewerblichen Bereich sollte der Fokus sowohl bei den Nicht-Wohngebäuden (hier insbesondere Handels- und Büroimmobilien; Thema: auch solare Kühlung) aber auch im Bereich der solaren Prozesswärme-Erzeugung liegen.</p> <p>Neben den o.g. Aktivitäten wird eine Fortführung und ggf. Aufstockung der Förderung von solarthermischen Anlagen durch das Förderprogramm der Stadt vorgesehen. Die Förderung sollte sich auf die Anlagen konzentrieren, die nicht mehr durch das BAFA gefördert werden (insbesondere solare Warmwassererzeugung ohne Heizungsunterstützung im Wohnbereich).</p>		Zu einer Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere: UM 4, UM 8, UM 9, AB 1, Eff 9, Eff 11, Eff 19, Eff 20
WV 5	Systematische Prüfung der Abwasserwärmenutzung	<p>Bei Neubau- bzw. Totalsanierungen öffentlicher Gebäude und Gebäude von öffentlichen Wohnungsunternehmen (GWW und weitere) soll die Nutzung von Abwasserabwärme systematisch geprüft und ggf. umgesetzt werden (Beispiel Rhein-Main-Hallen).</p> <p>Dazu sollte die ELW die vorhandenen Informationen zielgerichtet den Akteuren bereitstellen.</p>	öffentliche Bauherren	WV 3: „Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen“
WV 6	Ausbau Thermalwassernutzung	<p>In der Innenstadt Wiesbaden wird Thermalwasser genutzt, um Gebäude mit Wärme zu versorgen. Es ist geplant, das bestehende Netz auszubauen und weitere Gebäude anzuschließen. Ziel der Maßnahme ist es, dass dieser Ausbau umgesetzt wird.</p>		

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

WV	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
WV 7	Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung	Maßnahmen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, z.B. durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationskampagnen</li> <li>• Gezielte Beratung, z.B. von Wohnungseigentümergeinschaften zur organisatorischen Umsetzung (Strom-Eigennutzung etc.)</li> <li>• Darstellung von guten Beispielen (auch im Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistung)</li> </ul>	Hauseigentümer, Unternehmen	WV 3: „Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen“
WV 8	Aufstellen eines Informationsangebots zur Nutzung oberflächennaher Geothermie	Bereitstellung von Informationen zur Nutzung von oberflächennaher Geothermie im Stadtgebiet: <ul style="list-style-type: none"> <li>• In welchen Gebieten ist Nutzung möglich?</li> <li>• Für welche Gebäude ist eine Nutzung sinnvoll? (z.B. hoher energetischer Standard)</li> </ul>	Hauseigentümer	
WV 9	Erstellen einer Potenzialanalyse zur Abwärmenutzung Industrie und Gewerbe	Potenzialanalyse zur Abwärmenutzung von größeren Industrie- und Gewerbeunternehmen. Ggf. Einspeisung ins Fernwärmenetz bzw. Aufbau von Nahwärmelösungen.	Unternehmen mit Abwärmepotenzialen	WV 1: „Verdichtung und Ausbau des Fernwärmenetzes“

#### 4 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

EE	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
EE 1	Bau von Windenergieanlagen	Die ESWE plant gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden den Bau von bis zu 10 Windenergieanlagen auf dem Taunuskamm. Momentan befindet sich das Projekt in der Entwicklungsphase. Ziel der Maßnahme ist es, dass das Projekt fortgeführt und umgesetzt wird.		
EE 2	Systematische Prüfung erneuerbarer Energien (Strom) bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen	Bei öffentlichen Gebäuden und Gebäuden von Wohnungsunternehmen soll eine systematische Überprüfung des Einsatzes erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung umgesetzt werden. Rentable Projekte sollen zeitnah umgesetzt werden.		
EE 3	Kampagne zur Förderung der Photovoltaik	Durch eine Informationskampagne soll der Ausbau von Photovoltaikanlagen in Wohn- und gewerblich genutzten Gebäuden gesteigert werden. Dabei soll insbesondere das vorhandene Instrument „Solarkataster“ genutzt und durch eine gezielte Information wieder stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Neben einer allgemeinen, breit angelegten Kampagne, die vor allem auf eine Neubewertung der wirtschaftlichen Auslegung von PV-Anlagen vor dem Hintergrund der aktuellen Regelungen des EEG abzielt (Stichwort Eigenstromnutzung), sollten ggf. räumlich konzentrierte Aktionen für Quartiere mit hohem ungenutztem PV-Potenzial entwickelt werden.		EE 2: „Systematische Prüfung erneuerbarer Energien (Strom) bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen“ EE 5: „Beratung zu Photovoltaik-Eigenstromnutzung als Geschäftsmodell“
EE 4	Erfahrungsaustausch Photovoltaik im Mietwohnungsbau: Portfoliomanagement	Die GWW forciert den Einsatz von PV-Anlagen und sammelt in diesem Themenfeld momentan umfangreiche Kenntnisse. Im Rahmen eines Erfahrungsaustausches sollen die Erfahrungen der GWW mit anderen Akteuren geteilt werden.		EE 2: „Systematische Prüfung erneuerbarer Energien (Strom) bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

EE	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
EE 5	Beratung zu Photovoltaik-Eigenstromnutzung als Geschäftsmodell	Im Hinblick auf die geänderte Gesetzesgrundlage rückt der Eigenstromverbrauch näher in den Fokus. Hier ergibt sich ggf. ein interessantes neues Geschäftsfeld für PV-Anbieter / Dienstleister (Angebot von Komplettlösungen, Beratung etc.). Die Handwerkskammer und die Stadt schaffen eine Gesprächsplattform, um die regional aktiven Vertreter der Solarbranche und des Handwerks anzusprechen und zu aktivieren.		UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“ EE 3: „Kampagne zur Förderung der Photovoltaik“
EE 6	Erneuerbare-Energien-Anlagen in Mietwohngebäuden: Vermieter-Mieter-Kooperationsmodelle	Erneuerbare Energien werden bisher nur selten in Mietimmobilien genutzt, da insbesondere die organisatorische Umsetzung zwischen Vermietern und Mietern schwierig ist. Daher sollen Vermieter-Mieter-Kooperationsmodelle für den Einsatz von EE-Anlagen in Mietwohngebäuden untersucht und erfolgversprechende Modelle umgesetzt und beworben werden. Neben den großen Wohnungsunternehmen sollen dabei auch private Vermieter eine Zielgruppe sein.		
EE 7	Bau des Tiefengeothermiekraftwerks	Die ESWE und die Stadt planen den Bau eines Tiefengeothermiekraftwerks zur Wärme- und Stromerzeugung. Die Wärme soll ins Fernwärmenetz der ESWE eingespeist werden und damit den Anteil erneuerbarer Energien zur Fernwärmeversorgung steigern. Ziel der Maßnahme ist es, dass das geplante Tiefengeothermiekraftwerk gebaut wird.		WV 2: „Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien zur Fernwärmeversorgung“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

EE	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
EE 8	Weitere Beteiligungen der ESWE an Energieprojekten	<p>Es gibt in Wiesbaden zwar noch große ungenutzte Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien sowohl im Wärme- als auch im Strombereich. Die Potenzialanalyse hat aber auch gezeigt, dass die Möglichkeiten zur Erzeugung von Strom und Wärme erneuerbarer Energien in Wiesbaden aufgrund der strukturellen und natürlichen Voraussetzungen begrenzt sind. Als Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum übernimmt Wiesbaden wichtige Funktionen für die Region. Insofern ist es auch folgerichtig, dass sich bei der Nutzung der Potenziale zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen der Blick über die Grenzen Wiesbadens hinaus richtet.</p> <p>Die ESWE beteiligt sich bereits heute schon an Energieprojekten bundesweit, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. Diese Aktivitäten sollen fortgeführt werden.</p>		

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

## 5 Mobilität

### 5.1 Rad- und Fußverkehr

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 1	Radverkehrskonzept umsetzen	<p>Parallel zum Klimaschutzkonzept wird zurzeit ein Radverkehrskonzept erarbeitet, das als Fachplan das Thema Radverkehr in größerer Detailtiefe behandelt, als es im Rahmen des Klimaschutzkonzepts möglich ist.</p> <p>Aus Perspektive des Klimaschutzkonzepts ist zur Förderung des Radverkehrs insbesondere relevant: vorhandene Mängel beseitigen, ein Hauptradroutennetz benennen und ausbauen, sichere Radabstellanlagen im öffentlichen Raum einrichten, Maßnahmen an Strecken und Knotenpunkten entwickeln, die Wegweisung optimieren, eine Gesamtstrategie zur Radförderung in Wiesbaden entwickeln.</p> <p>Zu empfehlen ist auch die Durchführung von „Leuchtturmprojekten“, die die Öffentlichkeit zur Radnutzung animieren sollen und zugleich die Radinfrastruktur der Stadt verbessern (z.B. überdachte Radabstellanlagen an bedeutenden Orten). Radabstellanlagen an Schulen wurden bereits auf Qualität und Quantität geprüft; die notwendigen Verbesserungsmaßnahmen sollten zügig umgesetzt werden.</p>	(potenzielle) Radfahrer	Mo 3: „Falschparken auf Radverkehrsanlagen und Gehwegen unterbinden“
Mo 2	Gehwege barrierefrei gestalten	<p>Um das Zufußgehen attraktiver zu machen und die Aufmerksamkeit dafür zu steigern, ist vor allem eine barrierefreie Gestaltung von Fußwegen vorzusehen (ausreichend dimensionierte Gehwege, abgesenkte Bordsteine...) und bei allen innerstädtischen straßenbaulichen Maßnahmen ist eine Umverteilung von Flächen zu Gunsten des Fußgängerverkehrs anzustreben.</p>	(potenzielle) Fußgänger	Mo 4: „Grünphasen für Fußgänger an wichtigen Knotenpunkten optimieren“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 3	Falschparken auf Radverkehrsanlagen und Gehwegen unterbinden	Falschparken auf Anlagen für den Fuß- und Radverkehr behindert den Rad- und Fußverkehr und gefährden ihn z.T. Zu-Fuß-Gehen und Radfahren verlieren dadurch an Attraktivität. Daher muss Falschparken unterbunden werden, durch verstärkte Kontrollen durch die Stadt.	(potenzielle) Radfahrer, Fußgänger, Falschparker	Mo 1: „Radverkehrskonzept umsetzen“
Mo 4	Grünphasen für Fußgänger an wichtigen Knotenpunkten optimieren	Um dem Fußverkehr lange Wartezeiten und Mehrfachwartezeiten zu ersparen und ihn zu attraktivieren, sollten vor allem die Grünphasen an wichtigen Knotenpunkten mit hohem Fußverkehrsanteil optimiert werden.	(potenzielle) Fußgänger	Mo 2: „Gehwege barrierefrei gestalten“

## 5.2 Mobilitätsmanagement

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 5	Mobilitätsmanagement mit und für lokale Unternehmen einführen	<p>Mobilitätsmanagement umfasst einen breiten Fächer möglicher Maßnahmen, der stets auf die spezifischen Bedingungen des Standorts und die Mobilitätsbedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt wird.</p> <p>Mit über 120.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist Wiesbaden ein bedeutender Arbeitsplatzstandort.</p> <p>Als positive Effekte für die Unternehmen sowie für die Stadt Wiesbaden sind eine Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten der Mitarbeiter und Kosteneinsparungen, auch durch Reduzierung von Parkflächen sowie Effizienzsteigerungen im Fuhrpark zu nennen.</p> <p>Zu den Maßnahmen des Betrieblichen Mobilitätsmanagements gehören im Handlungsfeld ÖPNV häufig die „Leitmaßnahme“ Jobticket, ansonsten Schulungen zum Sprit sparenden Fahren, die Förderung von Fahrgemeinschaften, die Einrichtung von Fahrradstellplätzen sowie evtl. die Einführung von Parkraumbewirtschaftung. Je nach Struktur des Betriebs können auch Dienstreisen und der betriebliche Fuhrpark effizienter gestaltet werden. Maßnahmen mit indirektem Verkehrsbezug wie individuelle Arbeitszeitmodelle und Umkleieräume / Duschen zählen ebenso dazu. Eingerahmt ist ein betriebliches Mobilitätsmanagement in Informationsangebote und Kampagnen.</p>	Lokale Unternehmen	<p>Mo 6: „Mobilitätsmanagement für Stadtverwaltung und -konzern einführen“</p> <p>Mo 7: „Jobticket/ FirmenCard bewerben“</p>
Mo 6	Mobilitätsmanagement für Stadtverwaltung und -konzern einführen	<p>Mobilitätsmanagement (vgl. Mo 5) soll vorrangig und kurzfristig in Stadtverwaltung und städtische Gesellschaften durchgeführt werden. Die Durchführung eines kompletten Planungsprozesses zu betrieblichem Mobilitätsmanagement steigert zum einen die Mobilitätseffizienz in Stadtverwaltung und städtische Gesellschaften und kann zum anderen als Vorbild für andere Unternehmen und Institutionen in Wiesbaden und Umgebung dienen. Erste Einzelmaßnahmen wie die Einführung des Jobtickets wurden bereits umgesetzt.</p>	Stadtverwaltung, städtische Gesellschaften	<p>Mo 5: „Mobilitätsmanagement mit und für lokale Unternehmen einführen“</p> <p>Mo 7: „Jobticket/ FirmenCard bewerben“</p>

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 7	Jobticket/FirmenCard bewerben	Jobticket und FirmenCard sind ein wichtiges Instrument zur Förderung umweltfreundlicher und effizienter Mitarbeitermobilität. Die FirmenCard und das RMV-Jobticket sollen, auch unabhängig von einem Mobilitätsmanagement, noch stärker beworben werden. Die Nutzung für Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern sollte erleichtert werden.	Unternehmen	Mo 5: „Mobilitätsmanagement mit und für lokale Unternehmen einführen“ Mo 6: „Mobilitätsmanagement für Stadtverwaltung und -konzern einführen“
Mo 8	Mobilitätsmanagement für Kitas und Schulen etablieren	Mobilitätsmanagement für Kitas und Schulen agiert auf zwei Ebenen: zum Einen wird der Kfz-Verkehr zu Kitas und Schulen reduziert, zum anderen werden den Kindern langfristig nachhaltige Mobilitätsweisen vermittelt und mit ihnen eingeübt. Zum Erreichen dieser beiden Ziele können vielfältige Maßnahmen von klassischer Verkehrssicherheitsarbeit und Schulwegplanung über die Integration moderner Mobilitätsbildung in den Unterricht bis hin zu Projekten für Kinder und Schulungen für Eltern angewendet werden.  Maßnahmen sind z.B.: Schulwegeplan mit geeigneten Routen für zu Fuß gehende und/oder Rad fahrende Schüler, Einüben der ÖPNV-Nutzung, verkehrssichere Umgestaltung des Schulumfelds, diebstahlsichere Fahrradabstellanlagen, Aktionstage, Elterninformation vor Schuljahresbeginn, Netzwerk zum Austausch von Erfahrungen, u.v.m.	Kinder, Schüler, Eltern, Lehrer	
Mo 9	Neubürger bei Anmeldung über Mobilitätsangebot in Wiesbaden informieren	Biographische Brüche wie etwa Umzüge sind in besonderem Maße dazu geeignet, Mobilitätsverhalten zu verändern. Sinnvoll ist es, Neubürgern zeitnah zu ihrem Zuzug ein Informationspaket und ggf. Leistungsgutscheine für Mobilitätsberatungen und Mobilitätsleistungen ("RMV-Schnupperticket") zur Verfügung zu stellen. Möglich sind auch Kennenlern-Radtouren und Kennenlern-Spaziergänge für Neubürger, bei denen sie die Stadt mit dem Rad oder zu Fuß kennenlernen.  Bei rund 19.000 Zuzügen im Jahr ist von einem hohen Potenzial auszugehen.	Neubürger	Mo 11: „zielgruppengerechte ÖPNV-Tarife einführen“

### 5.3 ÖPNV, inter- und multimodale Angebote

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 10	Neuen Nahverkehrsplan umsetzen	<p>Im Jahr 2015 soll ein neuer Nahverkehrsplan erstellt werden, der den Rahmen für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Wiesbaden setzen wird. Dieser wird als Fachplan in größerer Detailtiefe das Thema ÖPNV behandeln, als im Rahmen des Klimaschutzkonzepts möglich ist.</p> <p>Aus Perspektive des Klimaschutzkonzepts wird eine Attraktivierung des ÖPNV empfohlen, u.a. durch Beschleunigung, Angebotsausweitung auf Hauptnachfragerelationen, Erhöhung der Kapazität durch Stadtbahn oder andere leistungsfähige ÖPNV-Systeme, Taktverdichtung, Einrichtung von intermodalen Angeboten wie Park+Ride und Bike+Ride, nutzerfreundliche Gestaltung der Bushaltestellen/Busse sowie Verbesserung des Angebots in wichtigen Stadt-Umland-Relationen ohne direkte Schienenverkehrsverbindung.</p>	(potenzielle) ÖPNV-Nutzer	
Mo 11	zielgruppengerechte ÖPNV-Tarife einführen	<p>Die Stadt Wiesbaden soll sich für das hessenweite Schülerticket einsetzen. Für die Zwischenzeit bis zur Umsetzung ist eine stadt eigene Lösung, beispielsweise in Form eines Gratis Schülertickets oder zumindest eine deutliche Preisreduktion, zu prüfen. Eine Reduzierung der ÖPNV-Tarife sollte auch für weitere einkommensschwache Gruppen geprüft werden. In Frage kämen z.B. Sozialcard für Hartz-IV-Empfänger entsprechend ÖPNV-Anteil der Grundsicherung, Senken der Altersgrenze für Senientickets, Anreize in Form einer Zeitkarte bei Abgabe des Führerscheins aus Altersgründen.</p> <p>Empfehlenswert ist außerdem die Ausweitung des Kombitickets für öffentliche Veranstaltungen zur kostengünstigen ÖPNV Nutzung.</p>	Schülerinnen und Schüler, einkommensschwache Gruppen	Mo 10: „neuen Nahverkehrsplan umsetzen“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 12	verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsstationen einrichten	Mobilitätsstationen sind Verknüpfungspunkte verschiedener Verkehrsmittel: Hier gibt es Carsharing-Fahrzeuge, qualitätsvolle Fahrradabstellanlagen, Leihfahrräder und eine hochwertige ÖPNV-Haltestelle. Mobilitätsstationen erleichtern die intermodale Nutzung des Umweltverbunds. Sie sollten an wichtigen ÖPNV-Haltestellen eingerichtet werden.	alle Einwohner und Verkehrsmittelnutzer	Mo 13: „Carsharing Angebot ausweiten und private Carsharing-Portale bekannt machen“ Mo 23: „Mobilitätsdienstleister etablieren“
Mo 13	Carsharing Angebot ausweiten und private Carsharing-Portale bekannt machen	Carsharing ist eine organisierte, gemeinsame Verwendung von Pkw durch mehrere Nutzer. Gegen ein zeit- und/oder entfernungsabhängiges Entgelt erhält der Nutzer ein Carsharingfahrzeug, das vom Anbieter unterhalten wird. Im Stadtgebiet sollten weitere Carsharing Stationen errichtet werden. Darüber hinaus sollte auch das private Carsharing stärker beworben werden. Free-Floating-Carsharing sollte erst dann unterstützt werden, wenn eine positive Klimabilanz nachgewiesen werden kann.	alle Einwohner und Verkehrsmittelnutzer	Mo 12: „verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsstationen einrichten“ Mo 23: „Mobilitätsdienstleister etablieren“

#### 5.4 Klimafreundlicherer motorisierter Individualverkehr

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 14	Emissionsarme Fahrzeuge für den Wirtschaftsverkehr bekannter machen	In das ohnehin vorhandene Beratungsangebot von Handwerkskammer, IHK und anderen Verbänden sollte eine Beratung "Effiziente Nutzfahrzeuge" integriert werden, welche Handwerker und KMU berät sowie bei der Auswahl von Fahrzeugen und der Suche nach Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten unterstützt.	Kleine und mittelständische Unternehmen	Mo 17: „Elektromobilität fördern“
Mo 15	Öko-Spritspartrainings in Unternehmen ausweiten	In Spritsparkursen, auch Öko-Fahrtraining genannt, wird Kraftfahrern in ein- bis zweitägigen Kursen eine kraftstoffsparende Fahrweise vermittelt. Sie stellen für die Teilnehmer und für die Umwelt einen Gewinn dar, ohne dass spritsparendes Fahren mit irgendwelchen Einschränkungen verbunden wäre. Flankierend können durch Wettbewerbe o.ä. Anreize zum Spritsparen geschaffen werden. Durch Spritsparkurse für all jene Mitarbeiter, die regelmäßig dienstlich ein Kraftfahrzeug führen, können die Emissionen und zugleich auch die Treibstoffkosten in der Fahrzeugflotte des Unternehmens spürbar gesenkt werden. Als positiver Nebeneffekt sinkt auch der CO <sub>2</sub> -Ausstoß bei den privaten Fahrten der Mitarbeiter. Im Rahmen des Ökoprofit-Berichts Wiesbaden 2012/2013 haben bereits einige wenige lokale Unternehmen Spritspartrainings für ihre Mitarbeiter angeboten.	Mitarbeiter der lokalen Unternehmen inkl. Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften	

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 16	Fahrgemeinschaften fördern	Im Berufsverkehr werden Pkw rechnerisch von gerade 1,1 Personen genutzt. Dabei bietet sich gerade der Berufsverkehr mit seinen regelmäßigen Fahrten auf immer gleichen Relationen für die Bildung von Fahrgemeinschaften an. Fahrgemeinschaften-Börsen im Internet (wie z.B. das Pendlerportal der ivm) sollten stärker vermarktet werden. Kommunen und Arbeitgeber könnten die Fahrgemeinschaften-Börse in ihre Informations-Strukturen integrieren. Weiterhin sollten Fahrgemeinschaften-Parkplätze in Unternehmen geschaffen werden, die gegenüber „normalen“ Parkplätzen Vorteile bieten, z.B. hinsichtlich Kosten oder Eingangsnahe.	v.a. Berufspendler	Mo 5: „Mobilitätsmanagement mit und für lokale Unternehmen einführen“
Mo 17	Elektromobilität fördern	Um die Elektromobilität in Wiesbaden zu fördern sind verschiedene Handlungsansätze zu empfehlen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatz von Hybridbussen im Linienverkehr</li> <li>• Einsatz von E-Nutzfahrzeugen in der Stadtverwaltung</li> <li>• Nutzen von Pedelecs und Elektroautos im Wirtschaftsverkehr (insbesondere denkbar bei personenbezogenen Dienstleistungen)</li> <li>• Ausbau der innerstädtischen Ladeinfrastruktur für Pedelecs und E-Autos</li> </ul> Denkbar ist außerdem eine Partnerschaft mit Unternehmen, die beispielsweise den Fuhrpark der Stadtverwaltung als Sponsor mit E-Fahrzeugen ausstatten.	Dienstleister, (potenzielle) Nutzer von E-Fahrzeugen	Mo 14: „Emissionsarme Fahrzeuge für den Wirtschaftsverkehr bekannter machen“

## 5.5 Organisation und Planungsprozesse

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 18	Verkehrersparsame Siedlungsentwicklung als Querschnittsaufgabe institutionalisieren	Die Entwicklung neuer Siedlungsflächen muss sich auf Standorte mit sehr guter Fahrrad- und ÖPNV-Erschließung beschränken. In Bebauungsplänen ist ein besonderes Augenmerk auf qualitativ hochwertige Fuß-, Radverkehrs- und ÖPNV-Verbindungen zu legen, auch im Netzzusammenhang. Für teilöffentliche Mobilitätsangebote wie CarSharing und Fahrradverleih sind Flächen vorzusehen. Die Stellplatzsatzung ist auf eine Verringerung des Kfz- und eine Stärkung des Radverkehrs auszurichten.	Stadtverwaltung, Stadtpolitik	QS 1: „Energieeffiziente und klimaschonende Bauleitplanung“
Mo 19	regionale Zusammenarbeit ausbauen und von guten Beispielen profitieren	Vielfältige Stadt-Umland-Beziehungen bedingen ebensolche Verkehre. Neben einem regelmäßigen institutionalisierten Austausch sollten auch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden wie etwa die Verbesserung des Angebots in wichtigen Stadt-Umland-Relationen ohne direkte Schienenverkehrsverbindung oder ein regionales Park+Ride-Bike+Ride-Konzept.  Um von guten Beispielen zu profitieren, bietet sich außerdem ein bundesweiter Austausch mit anderen Städten zu klimafreundlicher Mobilität an (z.B. im Rahmen von Veranstaltungen, Weiterbildungen oder gar Partnerschaften).	Stadt, Umlandkreise, -städte, -gemeinden	
Mo 20	Bürger in die Verkehrsentwicklung und Verkehrsplanung einbeziehen	Um die Interessen der Bürger in der Verkehrsentwicklung und –planung zu berücksichtigen, sollten bei Planungen Bürgerinnen und Bürger informiert und beteiligt werden. Sinnvoll ist zudem ein regelmäßiger, institutionalisierter Austausch zwischen Stadtverwaltung und interessierten Bürgern sowie ggf. Interessensgruppen (z.B. Jugendparlament, zum Thema Verkehr+Mobilität aktive Vereine u.ä.). Bei Interesse sind auch verschiedene thematische Arbeitsgruppen möglich.	alle Einwohner	AB 5: „Durchführung eines Ideenwettbewerbs Klimaschutz“ AB 10: „Eventing“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

Mo	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
Mo 21	Koordinierungsstelle Mobilitätsmanagement einrichten	Auf Basis der in diesem Konzept erarbeiteten Maßnahmen sollte die Stadt eine Mobilitätsmanagementstelle einrichten, um die Umsetzung der Maßnahmen voranzutreiben sowie alle mobilitätsbezogenen Projekte zu koordinieren. Eine Förderung über die Nationale Klimaschutzinitiative ist möglich.	Umweltamt oder ESWE Verkehr	Mo 23: „Mobilitätsdienstleister etablieren“ UM 4: „Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements“
Mo 22	zukünftigen Verkehrsentwicklungsplan auf Belange des Klimaschutzes ausrichten	Neben dem Radverkehrskonzept und dem Nahverkehrsplan steht demnächst der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als zentraler Fachplan an. Dieser sollte das Ziel einer klimafreundlichen Mobilität verfolgen und die im Klimaschutzkonzept entwickelten Maßnahmen aufgreifen und vertiefen.	Tiefbau- und Vermessungsamt, Umweltamt	
Mo 23	Mobilitätsdienstleister etablieren	Ein Mobilitätsdienstleister stärkt inter- und multimodale Angebote und fördert neue Entwicklungen. So können bspw. B+R-Anlagen an ÖPNV-Haltestellen flächendeckend ausgebaut, ein Fahrradverleihsystem aufgebaut und betrieben, tarifliche Verknüpfungen mit verschiedenen Mobilitätsdienstleistungen (z.B. Carsharing) hergestellt oder verkehrsmittelübergreifende Informationen und Beratungen angeboten werden. In manchen Städten übernehmen lokale Nahverkehrsgesellschaften diese Rolle; für Wiesbaden ist noch zu klären, wer diese Aufgabe übernehmen kann und will.	(potenzielle) ÖPNV-Nutzer und Nutzer von inter- und multimodalen Angeboten	

## 6 Übergreifende und strategische Maßnahmen

UM	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
UM 1	Beschluss einer "Vision Klimaneutralität"	Beschluss von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung über eine "Vision Klimaneutralität", die als strategisches Leitbild und Richtschnur dient. Dabei soll auf den bestehenden 20-20-20 Zielen aufgebaut und ggf. neue Zwischenziele für das Jahr 2030 formuliert werden.	Stadtgesellschaft	UM 2: „Fortführung des Beratungsgremiums Klimaschutz“ UM 3 „Einrichtung einer Ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Klimaschutz““ UM 4: „Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements“
UM 2	Fortführung des Beratungsgremiums Klimaschutz	Dauerhafte Etablierung des Beratungsgremiums „Klimaschutz.“ Durchführung von 1 bis 2 Sitzungen pro Jahr zur Überprüfung der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Initiierung von weiteren Maßnahmen zum Klimaschutz. Ergänzende Betreuung von Projekten und Kampagnen. Ggf. förmliche Verankerung des Gremiums als „Beirat“ bzw. „Kommission“ gem. HGO §72	Stadtgesellschaft	UM 4: „Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements“
UM 3	Einrichtung einer Ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Klimaschutz“	Einrichtung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe, die die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes auf der städtischen Verwaltungsebene begleitet, Impulse setzt und Projekte koordiniert.	Stadtverwaltung	UM 2: „Fortführung des Beratungsgremiums Klimaschutz“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

UM	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
UM 4	Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements	Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzmanagers, die als „Kümmerer“ die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes betreut. Antrag auf Förderung durch die Nationale Klimaschutzinitiative.	Stadtgesellschaft	Zu einer Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere zu: UM 1: „Vision Klimaneutralität“ UM 2: „Fortführung des Beratungsgremiums Klimaschutz“ UM 3: „Einrichtung einer Ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Klimaschutz“
UM 5	Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase	Die Landeshauptstadt Wiesbaden möchte die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern intensivieren. Aktuell erarbeiten Vertreter aus Politik und Verwaltung zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern in einem "trialogischen" Prozess die zukünftigen Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Wiesbaden. Bereits im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden wurden über das Beratungsgremium, die Arbeitsgruppen sowie über öffentliche Veranstaltungen (Bürgerforum „Energieeffizienz“ sowie vorgelagert Bürgerforum „Erneuerbare Energien“ die Akteure der Stadtgesellschaft in die Konzepterstellung einbezogen. Diese Beteiligung gilt es – in geeigneter Form – im Rahmen der Umsetzungsphase fortzuführen. Über reine Informations- und Beratungsangebote hinaus sollen weitergehende Möglichkeiten zur Einbeziehung der Stadtgesellschaft in die Maßnahmenumsetzung und Fortentwicklung des Konzeptes entwickelt werden.  Neben einer Teilhabe am Diskussionsprozess sollten auch weitergehende Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung – z.B. nach dem erfolgreichen Modell der Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH - eröffnet werden.	Stadtgesellschaft	UM 2: „Fortführung des Beratungsgremiums Klimaschutz“ UM 4: „Einrichtung eines zentralen Klimaschutzmanagements“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

UM	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
UM 6	Stärkung der Vernetzung zwischen Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften	Gegenseitiger Erfahrungsaustausch und die Überprüfung möglicher Synergien können wesentlich zur Unterstützung der Klimaschutzziele beitragen. Deswegen ist ein regelmäßiger Austausch über laufende und geplante Aktivitäten, beispielsweise in Form eines Stammtisches oder „Kamingesprächs“ anzustreben.	Stadtverwaltung, städtische Gesellschaften	
UM 7	Teilnahme an „European energy award“	Der European Energy Award ist ein prozessorientiertes Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, das Kommunen in Deutschland und Europa auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz unterstützt. Zentrale Elemente sind die strukturierte Erarbeitung eines Arbeitsprogramms, die Projektumsetzung, deren Auditierung und ein Zertifizierungsverfahren.	Stadtverwaltung, städtische Gesellschaften	
UM 8	Fortführung und Ausbau der Fördermaßnahmen	Die vorhandenen Förderprogramme insb. der Stadt und der ESWE sollen fortgeführt werden. Darüber hinaus soll eine thematische Erweiterung und eine finanzielle Aufstockung der Förderprogramme geprüft werden. Damit die Programme bestmöglich genutzt werden können, soll die Vernetzung zwischen den Akteuren verbessert werden. Alle Beratungsstellen sollen objektiv zu allen Förderprogrammen beraten. Es soll ein gemeinsames Informationsmedium (z.B. Flyer) erstellt werden, das die Förderprogramme kurz beschreibt und das an allen Beratungsstellen ausgelegt werden soll.	Gebäudeeigentümer	UM 5: „Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase“ UM 9: „Beratungsangebote bündeln und kommunizieren“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

UM	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
UM 9	Beratungsangebote bündeln und kommunizieren	An vielen Stellen in der Stadt Wiesbaden gibt es qualitativ hochwertige Beratungsangebote. Allerdings sind die Beratungsangebote oft nicht ausreichend bekannt. Selbst die relevanten Akteure wissen oft nichts über entsprechende Angebote. Es gilt die Informationen zu Beratungsangeboten zu sammeln, Angebote aufeinander abzustimmen und die Vielzahl der Angebote zu kommunizieren. Ein Schwerpunkt könnte dabei auf dem Thema Stromverbrauch liegen, da hier oftmals mit verhältnismäßig geringen Investitionen deutliche Einsparerfolge erreicht werden können und weil hier auch Mieter Möglichkeiten zur Einsparung haben. Siehe dazu auch: Handlungsfeld Energieeffizienz	Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen	UM 5: „Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase“ UM 8: „Fortführung und Ausbau der Fördermaßnahmen“ Eff 8 ff.

## 7 Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung

AB	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
AB 1	Durchführung von Kampagne(n)	<p>Zur Unterstützung der Klimaschutzaktivitäten sollen Medienkampagnen zu klimaschutzrelevanten Themen durchgeführt werden. Es muss unterschieden werden in langfristig angelegte Kampagnen über mehrere Jahre, die bspw. entsprechende Einspareffekte erzielen sollen, und kurzfristig angelegte Kampagnen, die vor allem das Ziel haben, ein Thema ins Bewusstsein zu rücken.</p> <p>Die Umsetzung könnte beispielsweise durch langfristig angelegte Rahmenkampagne(n) erfolgen, die dann regelmäßig andere Themenschwerpunkte setzen. Ggf. können dabei Dritte einbezogen und finanzielle Mittel zur Durchführung entsprechender Kampagnen bereitgestellt werden.</p> <p>Es könnten beispielsweise die folgenden Themen aufgegriffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Reduzierung der Raumtemperatur um 1°C“</li> <li>- „Beleuchtung“</li> <li>- „Radfahren“</li> <li>- ...</li> </ul> <p>Neben der Allgemeinheit sollen auch zielgerichtet bestimmte Gruppen (Immobilienbesitzer, Schüler, Pendler ...) angesprochen werden.</p> <p>Nicht zuletzt aufgrund der aktiven Mitarbeit von Stadtschülerrat und Jugendparlament könnte kurzfristig ein Schwerpunkt auf die Zielgruppe „Schülerinnen und Schüler“ gelegt werden (als Multiplikatoren nutzen, große Zielgruppe: ca. 39.000 Personen in Wiesbaden)</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger</p> <p>Immobilienbesitzer, Nutzer (Schülerinnen und Schüler, Hausverwaltungen und Hausmeister)</p>	

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

AB	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
AB 2	Weiterentwicklung Dachmarke (Label) zum Klimaschutz	Weiterentwicklung einer Dachmarke zur Bündelung aller Aktionen zum Klimaschutz aufbauend auf dem bestehenden Klimaschutz-Label „StadtKlima“. Mit dieser Dachmarke ist ein gleichbleibendes Erscheinungsbild in der in der öffentlichen Wahrnehmung gewährleistet. Die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens verbinden im optimalen Fall alle unter diesem Label stattfindenden Aktionen oder Veranstaltungen mit den Klimaschutzaktivitäten der Stadt Wiesbaden.	Stadtgesellschaft	Unterstützt die anderen Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung durch den Wiedererkennungswert der Dachmarke
AB 3	Umsetzung von klimaneutralen Veranstaltungen	Veranstaltungen der Stadt Wiesbaden sollen zukünftig CO <sub>2</sub> -neutral durchgeführt werden. Da in diesem Bereich bereits erste Erfahrungen vorliegen, kann diese Maßnahme, in Abhängigkeit der durchzuführenden Veranstaltung, mit eigenem Know-how und Personal vorbereitet und durchgeführt werden. Mittelfristig muss es Ziel sein, stadtfremden Ausrichtern von Veranstaltungen, die CO <sub>2</sub> -Neutralstellung vorzugeben bzw. durch finanzielle Anreize zu fördern.	Stadtverwaltung, Bürger	UM 5: „Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase“ AB 1: „Durchführung von Kampagne(n)“
AB 4	Mitwirkung an bundes- / landesweiten Aktionen	Durch die Mitwirkung an bundes- und landesweiten Aktionen werden die Themen Energie und Klimaschutz stärker ins Bewusstsein der Bürger/innen gerufen und es soll zum Mitmachen motiviert werden. Insbesondere die Teilnahme an folgenden Aktionen ist denkbar: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Woche der Sonne</li> <li>• Tage des Passivhauses</li> <li>• Tage der offenen Tür – Niedrigstenergiehäuser (läuft bereits)</li> <li>• Stadtradeln (läuft bereits)</li> <li>• earth hour (läuft bereits)</li> </ul> <p>Im Workshop Aktivierung kam die Anregung, die Aktion „Stadtradeln“ spielerischer zu gestalten, z. B. durch die Möglichkeit des Tausches gefahrener Kilometer gegen Belohnungen, Preise etc.</p>	Stadtgesellschaft	UM 5: „Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

AB	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
AB 5	Durchführung eines Ideenwettbewerbs Klimaschutz	Es soll ein Ideenwettbewerb zum Thema Klimaschutzprojekte umgesetzt werden. Ziel muss es dabei sein, dass die Ideen auch umsetzbar sind und umgesetzt werden. Dazu müssen entsprechende Akteure (bspw. Finanzierungsinstitute) einen Beitrag leisten. Ggf. können auch neue Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Crowdfunding) eine Rolle spielen. Die Maßnahme soll im zweiten Workshop „Aktivierung“ vertieft werden.	Über das Internet gut zu erreichende Zielgruppen	
AB 6	Fortführung und Weiterentwicklung des Programms EmMi	Fortführung und Weiterentwicklung des Programms EmMi zur Senkung des Energieverbrauchs an Wiesbadener Schulen. Ziel sollte es sein, noch mehr Schulen zum Mitmachen zu motivieren und durch gezielte Beratungsangebote verstärkte Effekte zu erreichen. Darüber hinaus muss es das Ziel sein, in den Schulen dauerhafte Strukturen [z.B. Einrichtung eines Energiedienstes (vergleichbar eines Klassenbuch- oder Tafeldienstes)] zu etablieren. Für die Einführung bzw. Weiterentwicklung von entsprechenden Klimaschutzmodellen an Schulen können Zuschussförderungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative beantragt werden.	Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Hausmeister	AB 1: „Durchführung von Kampagne(n)“
AB 7	Spielend Energiesparen in Kindertagesstätten	Spielend energiesparendes Verhalten erlernen in Kindertagesstätten (z.B. Aktion „Lina Sonnenstrahl“: <a href="http://www.andersland.com/lina-sonnenstrahl.html">http://www.andersland.com/lina-sonnenstrahl.html</a> ) Ähnliche Angebote für diese Zielgruppe gibt es bereits von den ELW zum Thema „Abfall“.	Kinder, Erzieher/innen	UM 5: „Beteiligung der Öffentlichkeit in der Umsetzungsphase“ AB 1 „Durchführung von Kampagne(n)“
AB 8	Musterfamilien „Klimaeffizienz“	Aktion mit freiwillig teilnehmenden Familien die während eines bestimmten Zeitraums ihre Klimaeffizienz deutlich steigern. Die Familien werden dabei begleitet und unterstützt. Über den Prozess wird öffentlichkeitswirksam in den Medien berichtet. Gegebenenfalls könnte diese Maßnahme in den Wiesbadener Umweltpreis integriert werden.	Familien, Bürgerinnen und Bürger	

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

AB	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
AB 9	Weiterentwicklung des CO <sub>2</sub> -Marathons	Die Klimaschutzaktion CO <sub>2</sub> -Marathon ist in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt worden. Um die Aktion ein weiteres Mal erfolgreich durchzuführen, ist eine grundlegende Überarbeitung und Weiterentwicklung notwendig. Die Überarbeitung erfordert ggf. einen erheblichen Ressourcenaufwand (personell, wie finanziell). Vor einer Entscheidung zu einer Weiterentwicklung des CO <sub>2</sub> -Marathons soll eine gründliche Aufwandsabschätzung und Prüfung auf Machbarkeit erfolgen.	Bürgerinnen und Bürger	AB 1: „Durchführung von Kampagnen“
AB 10	Eventing	Veranstaltungen nutzen, um auf das Thema Klimaschutz aufmerksam zu machen und es mit attraktiven Aktionen zu verbinden – Klimaschutz kann und soll Spaß machen! <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es können bestehende Feste und Veranstaltungen um Klimaschutzthemen ergänzt werden. Dies wird bereits mit der Umweltmeile im Rahmen des Stadtfestes erfolgreich praktiziert.</li> <li>• Themenspezifische Veranstaltungen sollen fortgeführt werden (z.B. Verkehrswendefest im Rahmen des Stadtfests)</li> <li>• Entwicklung von innovativen Events und Aktionen zum Thema (z.B. temporär autofreie Zonen verbunden mit attraktiven Zwi-schennutzungen)</li> </ul>	Bürgerinnen und Bürger	AB 3: „Umsetzung von klimaneutralen Veranstaltungen“
AB 11	Marke „158“	Imagekampagne für das Leitungswasser in Wiesbaden. Mögliche Einzelaktionen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wiedereinführung von Laufbrunnen</li> <li>• Label „Trinkwasser umsonst“ für Gastronomie und in Läden</li> <li>• Leitungswasser zum freien Konsum</li> </ul> Ziel ist es, auf das Lebensmittel „Trinkwasser“ und der direkten Verfügbarkeit aufmerksam zu machen, ohne weitere Ressourcen zu verbrauchen.	Gastronomie, Bürger	AB 1: „Durchführung von Kampagnen“ AB 12: „Weiterführung der Förderung regionaler Produkte“

Endbericht; Anhang A1  
Maßnahmenkatalog; Stand: 30. April 2015

AB	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Zielgruppe	Querbezug
AB 12	Weiterführung der Förderung regionaler Produkte	Regionale (Lebensmittel-)Produkte weisen in der Regel eine günstigere Energiebilanz bzw. Ökobilanz auf. Die Förderung der Vermarktung regionaler Produkte trägt insbesondere zu einer Verkürzung von Transportwegen und somit zu einer Reduktion des Güterverkehrs und den damit einhergehenden Verkehrsemissionen bei. Neben der Vorteile bei der Energiebilanz, werden regionale Erzeuger und Unternehmen wirtschaftlich gestärkt und tragen so zur regionalen Vielfaltigkeit bei.	Lebensmittelhandel, Gastronomie, Bürger	
AB 13	Einführung eines Klimaschutzsparbuchs Wiesbaden	Es soll ein „Klimasparbuch“ für Wiesbaden nach den Beispielen diverser Kommunen und Regionen in Deutschland eingeführt werden. Das Klimaschutzsparbuch ist ein handliches, praxisorientiertes Ratgeber- und Gutscheinebuch für den Klimaschutz in allen Bereichen des Alltags. Es nimmt die LeserInnen an die Hand und führt sie in ihrer Stadt an all die Ecken, wo man Einkaufen, Essen und Entspannen kann und dabei sowohl das Klima als auch den eigenen Geldbeutel schont. Es soll ein Klimaschutzsparbuch für Wiesbaden eingeführt werden. Um der zunehmenden Digitalisierung Rechnung zu tragen, ist zu prüfen, ob zusätzlich eine Onlineversion als App zur Verfügung gestellt werden kann. Die Aktualität der Angebote kann bei einer digitalen Version besser gesichert werden und das Produkt ist darüber hinaus ressourcenschonender.	Bürger	

## Arbeitsgemeinschaft



Rheinstraße 65  
D-64295 Darmstadt  
Telefon +49 (0) 61 51/29 04-0  
Telefax +49 (0) 61 51/29 04-97

E-Mail: [info@iwu.de](mailto:info@iwu.de)  
Internet: [www.iwu.de](http://www.iwu.de)



Julius-Reiber-Straße 17  
D-64293 Darmstadt  
Telefon +49 (0) 61 51/81 30-0  
Telefax +49 (0) 61 51/81 30-20

E-Mail: [mail@iu-info.de](mailto:mail@iu-info.de)  
Internet: [www.iu-info.de](http://www.iu-info.de)

in Zusammenarbeit mit



Frankfurter Straße 39  
D-65189 Wiesbaden  
Telefon +49 (0) 61 1/34 11 0  
Telefax +49 (0) 611/34 11-3299

E-Mail: [info@dsk-gmbh.de](mailto:info@dsk-gmbh.de)  
Internet: [www.dsk-gmbh.de](http://www.dsk-gmbh.de)



Untere Mühlstraße 31  
D-64291 Darmstadt  
Telefon +49 (0) 61 51/99 282 01  
E-Mail: [info@verkehrsloesungen.de](mailto:info@verkehrsloesungen.de)  
Internet: [www.verkehrsloesungen.de](http://www.verkehrsloesungen.de)